

gefährlichkeit gestrichen worden sein. Wenn Sie aber glauben, daß ich mich mit solchen Lappalien beschäftige, so sind Sie sehr im Irrthume. Dazu würde ich mich nicht hergeben. Nicht nur die Gefährlichkeit, sondern auch die Beobachtung des Schicklichen und Anständigen ist es, weshalb nicht selten der eine oder andere Artikel gestrichen wird. Dieser Anstand ist aber insbesondere von einer Zeitung zu beachten, welche am Sitze der Regierung erscheint. Was würde man, und zwar mit Recht, sagen, wenn man in einer Zeitung, der man einen halbofficiellen Charakter beilegt, einen Regierungsbeamten auf die Weise verhöhnen ließ, wie der Abgeordnete v. Isstein es vorgetragen hat. Es mögen die angeführten Thatsachen wahr sein, allein in dem Zusammenhang, in dem diese Thatsachen gegeben werden, in dem Lichte, in das sie gestellt sind, erscheinen sie als ein Pasquill gegen einen höhern Staatsbeamten. Die Regierung kann solchen Artikeln ihre Billigung nicht ertheilen, sie wird ihre Beamten in den Augen der Unterthanen nicht heruntersetzen lassen. Die Censur könnte unter gegebenen Umständen vielleicht noch weiter gehen müssen, als sie bisher gegangen ist.“

v. Isstein (einfallend): „Eine schöne Perspective, die uns da eröffnet wird aus dem Munde eines constitutionellen Ministers! Eine schöne Perspective für die Erhaltung eines Pressgesetzes!“ (Vielseitiger Beifall.)

Staatsminister v. Blittersdorff (fortfahrend): „Ich spreche von Folgen von Handlungen, die sich, wenn man nicht blind sein will, leicht vorhersehen lassen, von Folgen, die als ein Product der Nothwendigkeit unabweislich sind. Meine Herren! blicken Sie um sich, und Sie werden erkennen müssen, daß wir das größte Interesse haben, unsere Beamten zu ehren und zu achten, damit sie die Auctorität bei dem Volke, deren sie zu Erfüllung ihrer Pflicht bedürfen, nicht verlieren. Allerdings glaube auch ich, daß die offene, ungeschminkte Darstellung der Wahrheit keine Revolution erzeugt; was aber Revolutionen erzeugt, das ist die Entstellung der Wahrheit, deren sich die ungezügelte Presse nur zu leicht schuldig macht. Wenn ich gesagt habe, daß in Deutschland durch die Pressfreiheit eine Revolution entstehen könnte, so habe ich es nicht in dem Sinne genommen, daß die erste uncensurte Zeitung statt einer Brandfackel diene, um unsere Städte und Dörfer in Flammen zu setzen. Ich habe damit nur so viel sagen wollen, daß eine Pressfreiheit, wie Sie dieselbe verlangen, wie sie in dem Sinne der Majorität der Kammer liegt, zur Umgestaltung, zur Desorganisation des Deutschen Bundes, mithin von Deutschland führen müßte. Hegt man solche Besorgnisse, die nicht aus der Luft gegriffen sind, so ist es wahrlich der Mühe werth, sich die Sache zweimal zu bedenken, bevor man eine so gefährliche Bahn betritt. Meinerseits kann ich es den Bundesregierungen nur Dank wissen, wenn sie einen so hochwichtigen Gegenstand von allen Seiten erwägen und nur nach allseitiger Erwägung ihre Beschlüsse fassen. Meine Herren! glauben Sie ja nicht, daß die Cabinetete hierbei von untergeordneten Rücksichten ausgehen. Wahrlich, Sie irren sich, wenn Sie glauben, daß die Cabinetete einen so großen Werth darauf legen, durch Anwen-

dung der Censur das Mißfällige aus den öffentlichen Blättern zu entfernen. Ueber das Mißfällige muß sich jede Regierung weit erhaben dünken. Jeder, der zur Leitung der Staatsgeschäfte berufen wird, muß sich, im Gefühle seines eignen Werthes, über das Mißfällige hinwegsetzen; er muß mit Verachtung auf Verläumdungen und Anfeindungen herabsehen, denen jeder Hochgestellte sich täglich ausgesetzt sieht. Glauben Sie mir, es ist keine dankbare, keine erfreuliche Stellung, als Beamter hochgestellt zu sein und von Allen angefeindet zu werden, die einer entgegengesetzten Ansicht huldigen. Hat man bei der Gewißheit eines solchen Lohnes dennoch den Muth, sich voranzustellen, so verdient dies auch von Ihrer Seite Anerkennung. Auch darin bin ich anderer Meinung, daß die Gemüther des Volkes deswegen empört seien, weil die Censur mit Umsicht und Gewissenhaftigkeit gehandhabt wird. Ich kenne Deutschland, und zwar nicht bloß das Großherzogthum; ich habe mich in weitem Kreise umgesehen, und nichts von einer so allgemeinen Empörung der Gemüther gesehen; ich habe im Gegentheil gefunden, daß die große Anzahl der Gemäßigten, die Freunde des Bestehenden mit dem Bestande der Censur vollkommen zufrieden sind und keine ungezügelte Pressfreiheit verlangen. Meine Herren! vergleichen Sie andere Staaten, wo die Pressfreiheit herrscht, mit dem unfreigen, und Sie müssen sich Glück wünschen, in den schönen Gauen Deutschlands unter dem Schutze milder Gesetze zu wohnen. Ist es auch unthunlich, alle Ideale in die Wirklichkeit überzutragen, so werden Sie sich sagen, daß Alles auf dieser Welt einer Beschränkung unterworfen ist, und daß ohne Beschränkung kein dauerndes Glück zu finden ist.

Nachdem der Abgeordnete Merk hierauf für den Antrag der Commission gesprochen, äußerte der Abgeordnete Sander: „Auch ich verlange die Pressfreiheit, und ich bin mit dabei nicht bewusst, damit die Desorganisation der Staaten in Deutschland zu verlangen, wie der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten angedeutet hat. Wahrlich, es hat doch die Geschichte bei so vielen Völkern gezeigt, daß die Pressfreiheit nicht die Desorganisation der Staaten mit sich führt, sondern daß sie vielmehr das einzige Mittel ist, Volk und Regierung mit einander zu einigen und stark zu machen. Wir verlangen also mit der Pressfreiheit nicht eine Desorganisation der Deutschen Bundesstaaten, und wenn es wahr wäre, daß die Pressfreiheit doch zur Desorganisation des Deutschen Bundes führt, so wäre dies eine starke Anklage gegen die öffentlichen Zustände in Deutschland.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Redaction des Börsenblattes findet sich genöthigt, hiermit abermals zu erklären, daß sie anonym eingehende Beiträge nicht berücksichtigen kann. Sie bittet daher hiermit wiederholt die resp. Herrn Einsender, sich ihr gefällig nennen zu wollen. Die Redaction wird dagegen stets die größte Discretion beobachten.

Verantwortlicher Redacteur: J. C. Stadler.